



Niederschrift

über die

5. Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Donnerstag, den 28.04.2016

Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr

Sitzungsende: 11:00 Uhr

Ort, Raum: Sitzungszimmer der Dienststelle in Höchstadt a. d. Aisch

Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion

Kreisrätin Heidemarie Løb
 Kreisrat Reinhard Nagengast
 Kreisrat Alexander Schulz
 Kreisrat Bernhard Schwab
 Kreisrätin Doris Wüstner

bis 10:20 Uhr, nach TOP II/1
 als Vertreter von Kreisrat Kleetz
 ab 09:09 Uhr, während TOP I/1
 ab 09:05 Uhr, während TOP I/1

SPD-Fraktion

Kreisrätin Rosemarie Schmitt
 Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger
 Kreisrat Andreas Hänjes

als Vertreter für Kreisrat Eitel

FW-Fraktion

Kreisrat Dr. Manfred Welker
 Kreisrat Wilfried Glässer
 Kreisrat Patrick Prell

als Vertreter für Kreisrat Wersal
 als Vertreter von Kreisrat Wahl

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrätin Astrid Marschall
 Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

ab 09:12 Uhr, während TOP I/1

FDP-Fraktion

Kreisrat Michael Dassler

Gäste/Sachverständige

Claudia Wolter

Gleichstellungsbeauftragte;
 ab 10:01 Uhr, während TOP I/3

Dekan Josef Dobeneck

Katholische Kirche;

Verena Kubin

bis 10:03 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
 Caritasverband für die Stadt Erlangen und den
 Landkreis Erlangen-Höchstadt e. V.;

Hermann Sandner

bis 10:03 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
 Arbeiterwohlfahrt – Kreisverband Erlangen-
 Höchstadt e. V.;

Valentin Schaub

bis 10:03 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
 VdK- Kreisverband Erlangen-Höchstadt e. V.;

Jürgen Seiermann

bis 10:03 Uhr, Ende öffentl. Sitzung
 ASB Kreisverband Erlangen-Höchstadt e. V.;

Matthias Englert

nicht während TOP II/1
 ASB Landesverband Bayern e.V.;

nicht während TOP II/1

Verwaltung

Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer
 Oberregierungsrätin Anne-Marie Müller
 Verwaltungsamtsrat Dietmar Pimpl
 Beschäftigte Dorothea Ackermann
 Verwaltungsrat Norbert Ratzke
 Regierungsinspektor Paul Farschon

Schriftführerin

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Nicht anwesend

Pfarrer Wilfried Lechner-Schmidt
 Sabine Hornung
 Beate Ulonska

Evang.-Lutherische Kirche

Diakonisches Werk e.V.

Gisela Niclas

Bayer. Rotes Kreuz – Kreisverband Erlangen-
 Höchstadt

Josef Hennemann

Der PARITÄTische Bayern e. V. Bezirksverband
 Mittelfranken

Lebenshilfe Erlangen-Höchstadt (West) e.V.

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Tätigkeitsbericht des Jobcenters.
2. Anträge auf Kreiszuschüsse; Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V.
3. Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Landkreis.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 15.04.2016; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung:

1. Tätigkeitsbericht des Jobcenters

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie einen Steckbrief mit den statistischen Zahlen des Jobcenters (Stand: Dezember 2015) erhalten. Die Sitzungsvorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage bei. Der Geschäftsführer des Jobcenters, Verwaltungsrat Ratzke, erläutert die Zahlen nochmals und teilt mit, dass voraussichtlich ab August 2016 50 Plätze für Integrations Sprachkurse zur Verfügung stehen. Aufgrund intensiver Bemühungen und Abstimmungen konnte bereits die Anerkennung der Volkshochschule Herzogenaurach als Träger für sog. Integrations Sprachkurse durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erreicht werden. Dies wurde gleichfalls bereits für die Volkshochschule in Höchststadt a. d. Aisch veranlasst.

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten nehmen den Bericht zur Kenntnis.

2. Anträge auf Kreiszuschüsse; Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e.V.

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage erhalten.

Landrat Tritthart fasst den Sachverhalt aus der Sitzungsvorlage nochmals zusammen und weist darauf hin, dass der Verein Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e. V. im Jahr 2015 unter Berücksichtigung des Zuschusses des Landkreises in Höhe von insgesamt 25.000 € seinen Finanzbericht mit einem Überschuss in Höhe von insgesamt 2.443,16 € abschließt. Landrat Tritthart macht deutlich, dass die geleistete Arbeit des Vereins nicht in Frage steht. Diese werde sehr geschätzt. Trotzdem ist die Gewährung eines Zuschusses als sog. Fehlbetragsfinanzierung vorgesehen und sollte nicht dazu führen, dass die Zuschussempfänger mit den Zuschüssen Rücklagen bilden. Der Überschussbetrag wäre demnach zurückzufordern. In diesem Zusammenhang verweist Landrat Tritthart auf die im Kreisausschuss am 06.10.2014 beschlossenen Eckpunkte zur Gewährung von Zuschüssen und zum Nachweis von deren Verwendung. Demnach muss seit 01.01.2015 jeder Zuschussempfänger einen je nach Zuschusshöhe gestaffelten Verwendungsnachweis vorlegen.

Im Rahmen der anschließenden Beratung wird eine Rückforderung des bereits gewährten Zuschusses für das Jahr 2015 kontrovers diskutiert. Aus dem Gremium wird in mehreren Wortmeldungen die Ansicht vertreten, dass auf die Rückforderung verzichtet werden sollte. Begründet wird dies insbesondere damit, dass der Verein Notruf und Beratung für vergewaltigte Mädchen und Frauen e. V. ein bereits geplantes Projekt in das Jahr 2016 verschoben hat, da im Lauf des Jahres 2015 festgestellt wurde, dass die finanziellen Mittel hierfür im Jahr 2015 nicht ausreichen würden. Eine punktgenaue Planung und Vorausberechnung sei dem Verein nicht möglich. Zudem müsse rein rechnerisch der Überschuss auf die drei betroffenen Zuschussgeber umgelegt werden. Landrat Tritthart erklärt, der Landkreis habe bisher immer Höchstbeträge („bis zu €“) der Fehlbeträge und eben keine pauschale Festbetragsförderung beschlossen. Von Seiten des Kreisrechnungsprüfers Pimpl wird dazu erläutert, dass bei der zugrunde gelegten Fehlbetragsfinanzierung der gesamte Überschuss zurückzufordern wäre. Es bestehe jedoch die Möglichkeit künftig einen pauschalen und damit fixen Zuschuss zu gewähren.

Auf die Anregung von Kreisrätin Schmitt, die Arbeit des Vereins im Ausschuss für soziale Angelegenheiten vorzustellen, teilt Landrat Tritthart mit, dies in der nächsten Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheit einzuplanen.

Im weiteren Sitzungsverlauf stellt Kreisrätin Müller-Schimmel folgenden Antrag:

Eine Rückforderung des freiwilligen Zuschusses an den Verein Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. für das Jahr 2015 in Höhe des auf die Förderung des Landkreises entfallenden Anteils erfolgt nicht.

Der Antrag wird mit 6:9 Stimmen abgelehnt.

Landrat Tritthart schlägt als Kompromiss vor, den Überschuss in Höhe des auf den Landkreis entfallenden Anteils (rund 500 €) mit dem für das Jahr 2016 zu gewährenden Zuschuss an den Verein Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. zu verrechnen. Weiterhin solle die Verwaltung beauftragt werden, für die künftige Gewährung von Zuschüssen und den Umgang mit Überschüssen bei den Zuschussempfängern einen Vorschlag zu erarbeiten, damit dies für die Betroffenen verständlich und transparent nachvollziehbar ist. Dies ist derzeit wegen der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der verschiedenen Zuschussgeber schwierig.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten fasst folgenden Beschluss.

Der auf den Landkreis entfallende Anteil des im Jahr 2015 entstandenen Überschusses des Vereins Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. (rund 500 €) wird mit dem für das Jahr 2016 zu gewährenden Zuschuss des Landkreises verrechnet.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen

Ja. 14 Nein: 1 Anwesend: 15

3. Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Landkreis

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage erhalten.

Landrat Tritthart spricht an alle Helferinnen und Helfer und insbesondere an den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) seinen ausdrücklichen Dank für die hervorragende Leistung aus. Diese verdiene höchsten Respekt. Aktuell könne von einem sehr deutlichen Rückgang der Zahlen bei der Erstaufnahme von Einzelpersonen gesprochen werden. Die derzeit noch im ehemaligen Praktikermarkt in Herzogenaurach untergebrachten 50 Personen werden heute in andere Einrichtungen umverlegt. Ab morgen sei diese Unterkunft leer und wird aufgrund der gestern eingegangenen schriftlichen Mitteilung der Regierung von Mittelfranken in den nächsten Wochen rückabgewickelt. Die Regierung von Mittelfranken habe einem seitens des Landrates vorgeschlagenen „Stand-by-Betriebes“ für Unterbringungsmöglichkeiten in der Sporthalle des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums in Herzogenaurach nicht zugestimmt. Auch hier erfolge in absehbarer Zeit eine Rückabwicklung. Mit einer entsprechend vorliegenden Kostenzusage der Regierung von Mittelfranken wird die Tennishalle in Hemhofen weiter zur Unterbringung von Asylbewerber/Innen genutzt. Landrat Tritthart verweist auf den Ministerratsbeschluss vom 26.04.2016, wonach die Unterbringung von Asylbewerber/Innen in Zukunft wieder verstärkt in Gemeinschaftsunterkünften realisiert werden soll und nicht mehr in der dezentralen Unterbringung. Zur Entlastung der Kommunen soll der Ausbau der Gemeinschaftsunterkünfte durch den Freistaat Bayern vorangetrieben werden. Aus diesem Grund sollen keine

neuen Anmietungen mehr erfolgen. Neben der bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkunft in Höchststadt a. d. Aisch wurde in einer weiteren GU in Eckental der Betrieb aufgenommen. Im Landkreis werden außerdem nach wie vor 90 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vom Jugendamt betreut.

Landrat Tritthart betont, es sei immer Aufgabe des Staates gewesen, die Asylbewerber/Innen in Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Dieses System habe bis zum letzten Jahr bereits funktioniert und sei nichts Neues. Eine Entlastung der Kommunen sei seiner Ansicht nach zu erwarten.

Im Weiteren verliest Landrat Tritthart seinen in der Sitzungsvorlage bereits erwähnten Brief vom 04.04.2016 an Staatsministerin Müller wegen der Kürzung der Regelsätze bei kostenfreiem Zugang zum WLAN. Derzeit gebe es jedoch die Anweisung den Abzug vom Regelsatz vorzunehmen.

Abschließend weist Landrat Tritthart auf die rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft getretene Asylsozialberatungsrichtlinie hin, die jedoch in zentralen Punkten keine Verbesserungen bringt.

Die Mitglieder des Ausschusses für soziale Angelegenheiten nehmen den Bericht zur Kenntnis.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Erlangen, 29.04.2016

Alexander Tritthart
Landrat

Birgit Stolla
Regierungsamtfrau



Informationsvorlage

Vorlage Nr.: SG42/071/2016

| | |
|------------------------------|-------------------|
| Sachgebiet: SG 42 - Soziales | Datum: 15.04.2016 |
| Bearbeitung: Paul Farschon | AZ: 42 4011 |

| Beratungsfolge | Termin | Behandlung |
|---------------------------------------|------------|---------------------|
| Ausschuss für soziale Angelegenheiten | 28.04.2016 | öffentliche Sitzung |

Tätigkeitsbericht des Jobcenters

1 Steckbrief

Sachverhalt:

Herr Ratzke vom Jobcenter Erlangen-Höchstadt erklärt hierzu:

„Das Jahr 2015 lässt sich gut mit „Flüchtlingsjahr“ beschreiben, wobei die eigentlichen Flüchtlinge 2015 zum Großteil vom Sozialamt zu betreuen waren und nur nach und nach zum Jobcenter kamen. Am besten lässt sich das Jahr anhand des beiliegenden „Steckbriefes“ in wichtigen Kennzahlen kurz zusammenfassen:

Die Leistungen zum Lebensunterhalt stiegen um 11,4 %, wobei dies nur die Bundesausgaben umfasst (Regelsätze, Mehrbedarf etc.). Wie sich aus der letzten Spalte ergibt, sind die Ausgaben des Landkreises sind sogar um 13,6 % auf nun rund 4,8 Mio € gestiegen. Beide Steigerungen lassen sich nur durch die Zunahme von Personen im Leistungsbezug erklären, die im Bereich „Personen in BG“ mit nun 2.298 Personen (jede Person von 0 bis max. 65 Jahre) erfasst sind, die Steigerung hier beträgt 9,8%. Die Zahl der „erwerbsfähigen Leistungsberechtigten - eLb“ gibt die Zahl aller Personen zwischen 15 und 65 Jahren an, die dem Grunde nach arbeiten können. Um alle diese Kunden kümmert sich die Vermittlungsabteilung des JC und versucht, diese in Arbeit zu bringen.

Im Bereich der Integrationen in den Arbeitsmarkt konnte das JC im Jahr 2015 die schon sehr guten Werte aus 2014 noch einmal um 24 Integrationen auf insgesamt 531 steigern. Aufgrund der gleichzeitigen Erhöhung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) macht sich das allerdings nicht in einer gesteigerten Quote bemerkbar. Aus dem Steckbrief ergibt sich weiter eine leicht gesunkene Zahl von Alleinerziehenden (-6) und gestiegene Zahl von über 50 jährigen (+ 28). Hier erleben wir immer häufiger, dass Kunden über 60 Jahren zu uns kommen, die nach eigener Einschätzung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, nach Einschätzung der BA und vor allem der Deutschen Rentenversicherung aber nicht voll erwerbsgemindert sind.

Die Steigerung unserer Kunden in allen Altersklassen betrifft den Landkreis ERH überproportional. Zum Teil kann dies mit der gestiegenen Anzahl von Flüchtlingen erklärt werden, die bis Ende 2015 auf 189 eLb angewachsen ist. Diese Zahl wird (noch) nicht im Controlling erhoben und ist daher hier nicht auf dem Steckbrief enthalten. Die Zahl der Arbeitslosen ist eine Teilsumme der eLb, auch diese ist von bisher 0,8% auf nun 1,0 % gestiegen.

Unabhängig von Zahlen ist der Zugang von Flüchtlingen – und teilweise auch von EU-Ausländern - das absolute Top-Thema, das auch das JC ERH enorm fordert. Nach dem positiven Abschluss des Asylverfahrens sind Flüchtlinge Kunden des JC, vorher im Asylverfahren Kunden der Arbeitsagentur

(AA). Diese hat nun in einer einmaligen Aktion im Winter 2015 versucht, mit Einstiegskursen für Asylbewerber aus Syrien, Irak, Iran und Eritrea ein Zeichen zu setzen. Allerdings ist dies nicht die eigentliche Zuständigkeit der AA, sodass es diese Sprachkurse 2016 nicht mehr gibt. Allerdings haben Asylbewerber aus diesen Ländern nun die Möglichkeit, an den eigentlichen Integrationssprachkursen teilzunehmen.

Im Jahr 2015 waren vor allem der Sprachkurs an sich sowie damit zusammenhängende Fragen wie die Fahrt- und Schulmittelkosten sowie die Frage der Anmietung und Einrichtung einer eigenen Wohnung der Flüchtlinge die beherrschenden Themen und haben das JC sowie andere Beteiligte (zB die Gemeinden, die Sozialkaufhäuser und vor allem auch die Ehrenamtlichen) sehr gefordert. Dies wird sich 2016 nun verschärft fortsetzen.

Gerade das Zusammenspiel der verschiedenen beteiligten Behörden (die wichtigsten: das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländer- und Sozialamt, Schulen und das Jobcenter) und Sprachkursträger birgt jede Menge an Abstimmungsbedarf und damit möglichen „Fehlerquellen“. Eine enge Zusammenarbeit ist daher unerlässlich, gerade hier im Haus funktioniert das aber auch sehr gut.“

Herr Ratzke wird in der Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten über die Entwicklung berichten.